

Henry Nitzsche

Was ist faul in Deutschland?

Herr Oberst, Herr Generalmajor (ich sag mal Generalmajor, denn Brigadegeneral gab's bei der NVA leider nicht), ich möchte mich dafür entschuldigen, dass ich zu spät gekommen bin. Dies liegt nicht daran, daß ein Gefreiter der NVA unpünktlich ist, sondern das sind die Abenteuer des Schienenstrangs. Sie kennen ja sicher den Roman von Jack London. Gelegentlich wird bei uns gebaut und da gibt es ein paar Verschiebungen. Ich bin jedenfalls heute pünktlich um halb sechs aufgestanden. Ich bitte herzlich um Entschuldigung.

Vielleicht noch ein paar Worte zu meiner Person, ich mache es nicht zu lang. Es wurde zwar schon einiges von Herrn Backerra gesagt, aber wir sind in der Lausitz doch eine andere landsmannschaftliche Gaubindung, und da ist die eine oder andere Betonung ein bisschen unterschiedlich.

Also, ganz kurz: Mein Name ist Henry Nitzsche, ich bin 49 Jahre alt und verheiratet. Mit einer Frau, das muss man ja leider dazu sagen. (Gelächter)

Wir dachten früher in der DDR, das sei selbstverständlich, aber man lernt ja nie aus. Auf jeden Fall haben wir zusammen vier Kinder und zwei Enkel.

Geboren wurde ich in Kamenz, was manchem unter Ihnen vielleicht als Geburtsstadt Lessings bekannt ist. Dort bin ich auch zur Schule gegangen und habe somit ein ordentliches DDR-Abitur. Bei uns hat Deutschland übrigens erst mit der Geburt von Marx und Engels begonnen. Mittlerweile sind wir aber dabei, uns die ganze deutsche Geschichte zu erschließen.

Ich habe politisch angefangen mit der sogenannten Wende. Ich bin 1989 erst in Leipzig demonstrieren gegangen, dann in Dresden. Ich bin dann am 5. Mai 1990 Gemeinderat geworden, später Kreisrat, sollte dann bei uns den Bürgermeister machen, was ich von 1991 an auch tat. Und dann bin ich in den Landtag gekommen. Das war das Problem. Ich bin 1994 mit 91 Prozent als hauptamtlicher Bürgermeister gewählt worden und gleichzeitig ein Viertel Jahr später in den sächsischen Landtag. Zuerst wusste ich nicht, was ich machen sollte, habe mich dann aber für den Landtag entschieden. Nicht weil es da mehr Kohle gab, sondern weil ich so meine Gemeinde aus der Gemeindegebietsreform rausbauen und sie als selbständige Gemeinde vor der Eingemeindung bewahren konnte.

Ich habe im Landtag aber auch interessante Menschen kennengelernt. Einen von ihnen kennen Sie sicherlich, vielleicht sogar besser als ich. Ich spreche von Kurt Biedenkopf, in Sachsen nur als „König Kurt“ bezeichnet. Er hat

uns Sachsen ja die Identität wiedergegeben, weshalb wir uns jetzt noch als mindestens zweitstärksten Stamm aller Deutschen, neben den Bayern, begreifen.

Kurt Biedenkopf hat mal bei einer Fraktionsklausur gesagt – Fraktionsklausuren sind solche Veranstaltungen, bei denen man sich die ersten zwei Tage erstmal kennenlernt und den alkoholischen Getränken zuspricht, und wo die wichtigsten Entscheidungen dann am letzten Tag früh um 9 Uhr getroffen werden, wenn man nur noch in der Lage ist, das Händchen zu heben. Auf jeden Fall hat Kurt Biedenkopf gesagt: „Wir haben in Deutschland das Problem, dass wir zwei große sozialdemokratische Parteien haben. Die SPD und die CDU.“

Und genau das habe ich mir 1996 gemerkt und da sind wir schon mitten im Thema „Was ist faul in Deutschland?“ Wenn ich einen Blick als fraktionsloser Abgeordneter in die Parteienlandschaft werfe, fällt eines auf: Es gibt auf Bundesebene seit fast zehn Jahren eine linke Mehrheit. Das sieht man jetzt nur noch stärker am Erscheinen der Linkspartei, der letzten Rache Honeckers, die nach und nach die alten Bundesländer erobert.

Apropos fraktionslos: Dieser kleine Schlenker sei mir erlaubt. Ich habe eigentlicherweise nie einen Antrag zur Aufnahme in die Fraktion ausgefüllt und bin auch nie gefragt worden, ob ich dieser angehören möchte. Nach meinem Einzug in den Bundestag per Direktmandat war ich automatisch Mitglied der CDU-Fraktion. Ich finde, man hätte ja wenigstens mal fragen können, der Form halber. Allerdings wurde ich dafür nach meinem Austritt aus der CDU auch automatisch aus der Fraktion wieder ausgeschlossen. Das war allerdings für mich kein großer Verlust, da die eigentlichen Konfliktlinien nicht entlang der Fraktionen oder Parteien verlaufen, sondern mitten durch sie hindurch.

Aber zurück zum Thema: Ich habe nichts übrig für die Alt-Marxisten aus der Linkspartei, aber ich sehe dennoch ein bisschen mit Schadenfreude, dass fast alle Parlamente durcheinander gebracht werden. Die dort schon fast zementierten Machtverhältnisse der Klüngelherrschaft der immer gleichen Parteien müssen endlich aufgebrochen werden. Allerdings wäre mir das natürlich lieber, wenn das von rechts her geschähe.

Im Moment legt aber die Linkspartei zu und kommt in fast alle Parlamente. In ihrem Schlepptau befinden sich Altkommunisten, Marxisten und Linksextremisten. Die treffen im Parlament dann auf ihre mehr oder minder Brüder im Geiste von der SPD und den Grünen.

Wo aber sind die Vertreter rechter Parteien, frage ich Sie meine Damen und Herren? Ganz einfach: Nirgends! Das müssen wir erstmal zur Kenntnis nehmen. Es gibt in Deutschland keine parlamentarische Rechte, es sei denn, man würde die NPD als Rechte bezeichnen. Nur sind die meines Erachtens genauso sozialistisch wie ihr linkes Pendant, die SED-PDS-Linkspartei. Und

trotz dieser Tatsache müssen wir, wie zum Hohn, zur Kenntnis nehmen, dass dennoch die stetige Gefahr des Rechtsextremismus beschworen wird. Dafür gibt es den staatlich geheiligten „Kampf gegen Rechts“ und für den werden Millionen und Abermillionen an Euro ausgegeben. Man könnte fast meinen, tagtäglich fänden Fackelzüge durch das Brandenburger Tor statt und uns stünde ein neuer 30. Januar bevor, so wie die vermeintliche Gefahr des Rechtsextremismus permanent beschworen wird. Wenn es nicht so traurig wäre, müsste man eigentlich darüber lachen. Journalisten und Wissenschaftler veranstalten hier in Deutschland eine Gespensterseherei, die jede Mücke buchstäblich zum Elefanten aufbauscht. Ich warte an sich nur noch darauf, dass Angela Merkel Rechtsextremismus und Klimawandel irgendwie verbindet. Das muss das nächste sein, um dann zu sagen, wir brauchen eine neue Steuer. Ja, glauben Sie mir das!

Aber im Ernst: Im „Kampf gegen Rechts“ ist jedes Mittel legitim, egal ob es gegen geltende Rechtsgrundsätze verstößt oder nicht.

Ein kleines Beispiel aus Sachsen-Anhalt: Wir kennen Sachsen-Anhalt als Land, das so alle vier, fünf Jahre seine Regierung wechselt. In Sachsen-Anhalt wurde aber auch einem Schornsteinfeger das Kehrmonopol entzogen, weil er für die NPD im Kreistag sitzt. Die Begründung: als Schornsteinfeger könne er sich überall Zugang verschaffen. Die Bürger müssten allerdings ein Recht haben, so das zuständige Ministerium, einem Rechtsextremisten den Zutritt zu ihrem Haus zu verweigern. Aus diesem Grund hat man ihm das Kehrmonopol entzogen. Selbst der Ministerpräsident Böhmer unterstützt den Vorschlag des Landwirtschaftsministers und hat gesagt, man könne von den Bürgern nicht ein entschlossenes Handeln gegen Rechtsextreme fordern und sich dann auf formaljuristische Bedenken zurückziehen.

Also, da frage ich mich, wo ist hier das Grundgesetz, das vielbeschworene. Kann denn jeder Ministerpräsident machen was er will?

Dann haben wir noch ein anderes schönes Land in den neuen Bundesländern, obwohl, ich hab das schon ein paar mal gesagt, neue Bundesländer, so richtig wohl ist mir bei dem Begriff nicht, wenn ich sehe, daß Sachsen beispielsweise eine neunhundertjährige Tradition hat und Nordrhein-Westfalen nur so auf sechzig Jahre zurückschauen kann, oder dreiundfünfzig oder höchstens siebenundfünfzig. Was sind hier denn hier dann alte und was neue Bundesländer? Aber egal, wir sind jetzt die „Neuen“.

In Mecklenburg-Vorpommern hat ja, wie in Sachsen, eine schlimme Partei den Einzug in das Landesparlament geschafft, die NPD und deshalb hat dort jetzt auch die CDU erkannt, wir müssen von nun an antifaschistische Verfassungswächter sein.

Im letzten Dezember wurde in Mecklenburg-Vorpommern eine sogenannte Antifa-Klausel in die Mecklenburgische Verfassung implantiert. Danach ist

die Verbreitung von rassistischem und extremistischem Gedankengut verfassungswidrig. Gut.

Im Dezember stand die CDU dieser Klausel noch kritisch gegenüber, wie wir die CDU aber kennen, braucht es nicht lange, bis sie umkippt. Und mittlerweile versucht sie, Tagesordnungspunkte der NPD mittels dieses Instrumentes von der Tagesordnung zu beseitigen.

Ein Beispiel: Die NPD hatte die Beendigung der Geschlechtergleichmacherei beantragt, das nennt man jetzt, ich getraue es mich gar nicht auszusprechen, „Gender Mainstreaming“. Ich habe mir übrigens privat verboten, englisch zu reden. Meine Kinder müssen immer in Übersetzungen mir reden. Die sagen mittlerweile zu mir: „Nimm mal das Bildabtastrgerät (sie meinen den Scanner) und bei mir heißt es auch immer noch Fernruf. Und Fernablichtung für Fax. Ist ein schönes deutsches Wort, Fernablichtung.

Also, die NPD wollte diese Geschlechtergleichmacherei beenden. Aber da kommt die CDU und sagt, dieser Tagesordnungspunkt muss bekämpft werden, weil er im weitesten Sinne nationalsozialistischem Gedankengut entspricht. Das ist Parlamentsrealität in Mecklenburg-Vorpommern! Und viele von denen haben heimlich noch ihren Erich daheim an der Wand hängen, das können Sie mir glauben. Da wimmelt es nur so von Blockflöten.

Aber meine Damen und Herren, ich will nicht die NPD verteidigen, es geht mir eigentlich um das Prinzip. Und das dachte ich auch, als ich '89 auf die Strasse gegangen bin. Wenn jemand was gegen den linken Zeitgeist anführt, dann wird sofort die Keule geschwungen, die Faschismuskeule. Ich habe das mehrfach an mir selber spüren dürfen. Und wir wussten '89 auch, dass die Bundesrepublik kein Land ist, wo Milch und Honig fließen und wo man alles umsonst bekommt, das funktioniert nicht. Und die Sache von den blühenden Landschaften, na ja, gut, die haben wir nicht so ernst genommen, als Kohl das an der Ruine der Frauenkirche gesagt hat. Hinterher sagte mir Arnold Vaatz, sächsischer Revolutionsadel, dass Kohl ihn gebeten hätte, den Kirchenchor an die Ruine zu führen und das Lied „Nun danket alle Gott“, was ein sehr schönes Lied ist, zu singen.

Kohl wollte nicht, daß die deutsche Nationalhymne gesungen wird, denn die Sachsen dachten damals, man muss alle drei Strophen singen, was ja normal wäre. Und das wollte Kohl damals verhindern.

Vielleicht noch ein kleiner Exkurs: Die Endstufe eines Landes ist eingeläutet, wenn man die Nationalhymne nicht mehr singen kann. Ich kenne das aus der DDR, die hatte ja eine schöne Nationalhymne, mussten wir alle in der Schule lernen. „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt. Lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.“ In den letzten zehn Jahren durfte nur noch gesummt werden.

Wir haben heute drei Strophen. Ich habe eine Parlamentarische Anfrage ge-

macht: „Ist es verfassungswidrig alle drei Strophen zu singen?“

Frau Zypries hat mir geantwortet: „Nein, es ist nicht verfassungswidrig“. Und dennoch geistert das bei den meisten im Kopf rum. Wir singen jetzt die dritte Strophe, es wird eine Zeit geben, da singen wir überhaupt keine mehr und dann summen wir auch bloß noch.

Also ich will nur sagen, wir aus Mitteldeutschland kennen die Geschichte, wir wissen wie es dann läuft.

Aber jetzt noch mal zu den Fakten, meine Damen und Herren.

Wirklich unerträglich, um mal ein Wort aus dem Sprachgebrauch der Berufsbetroffenen Claudia Roth zu verwenden, ist doch die Doppelmoral, die in Deutschland bei der Bekämpfung des Extremismus an den Tag gelegt wird. Während beim Kampf gegen rechts sofort in blinden Aktionismus verfallen wird und sich Politiker und Medien für keine Peinlichkeit zu schade sind – ich erinnere hier an so bedeutungsvolle und wichtige Kampagnen wie „Grillen gegen rechts“ oder „Kein Sex mit Nazis“ (Gelächter) – befindet sich die Republik bei der Bekämpfung des Linksextremismus quasi im Dornröschenschlaf. Auch die Politik hat hierbei längst die Rolle eines stummen Zaungastes eingenommen, der der wachsenden Bedrohung von links bisweilen noch wohlwollend zuschaut.

Als sich im vergangenen Jahr in Mecklenburg-Vorpommern der zum G8-Gipfel angereiste Mob Schlachten mit der Polizei lieferte, da war das ganz normal. Kaum jemand hat sich darüber aufgeregt und nach ein paar Tagen war alles wieder vergessen und der „Kampf gegen Rechts“ wurde weiter mit voller Inbrunst geführt. Ich stellte damals eine schriftliche Anfrage an die Bundesregierung, ob es Projekte und Initiativen gäbe, die sich ausschließlich mit den Problemen und der Gefahr des Linksextremismus und Linksradikalismus auseinandersetzten und wie die Bundesregierung sich bei deren Bekämpfung engagierte?

Die Antwort der Bundesregierung lautete: „Nein“. Das war alles, der zuständige Staatssekretär im Familienministerium, Hermann Kues, von der CDU, hatte dazu nichts zu sagen. Ich hatte aber noch eine Frage hinterhergeschickt, weil ich das schon wusste. Ich habe dann gefragt, ob die Bundesregierung, sofern solche Projekte noch nicht existierten, denn plane, welche einzuführen. Die Antwort fiel jetzt ein bisschen weiter aus, ich zitiere: „Die Bekämpfung von Extremismus jeglicher Art ist ein gesamtgesellschaftliches, von allen demokratischen Kräften gemeinsam zu tragendes, Vorhaben, sie muss gesamtgesellschaftlich bereits an den Wurzeln von Radikalisierungsprozessen ansetzen, nach Auffassung der Bundesregierung komme dabei der Vermittlung von demokratischen Grundwerten, wie Toleranz, Respekt, Achtung der Menschenwürde Schlüsselrollen zu. Darüber hinaus wird die Bundesregierung im Rahmen ihrer Anregungsfunktion, insbesondere im Bereich der Kinder-

und Jugendarbeit tätig. Dort, wo nach Überzeugung der Bundesregierung hinaus weitere Anregungen von Nöten sind, werden zusätzliche Maßnahmen ergriffen“ und so weiter und sofort. Aber hören Sie sich noch den letzten Satz der Antwort von Herrn Kues an: „So besteht nach Einschätzung der Bundesregierung ein besonderer Bedarf bei der Unterstützung von Maßnahmen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie, die sich explizit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus richten.“

Also mit anderen Worten kommt die Bundesregierung ihrer Pflicht bei der Bekämpfung des Linksextremismus dadurch nach, dass sie Rechtsextremismus bekämpft.

Das ist für mich ein eigenartiges Demokratieverständnis, muss ich sagen. Aber wir in Mitteldeutschland versuchen uns ja brav seit Jahren ein bisschen in das System einzuarbeiten, dieses unseres neuen Deutschlands. Und wirtschaftlich sind wir ja ein sogenannter „Nachtwächterstaat“. Ich denke, wenn man diese Antwort liest, weiß man, was ein Nachtwächterstaat im politischen Sinne ist, meine Damen und Herren.

Zum nächsten Punkt, was falsch läuft in Deutschland: Die Parteien. Ich bin ja seit dem 16. Dezember 2006 parteilos, und sofort bekam ich einen Stuhl zwischen FDP und CDU. Ich habe dann den Bundestagspräsidenten gefragt, bin ich denn in der Annahme richtig, dass dies mein Stuhl sein soll? Ja, sagt er, es ist ihr Stuhl. Ich streite mich immer noch um den Schreibtisch, wobei ich es allerdings langsam aufgebe. Aber, meine Damen und Herren, ich habe mit der Politik angefangen am 5. Mai 1990 mit dem tiefen Glauben, etwas zu verändern, und das waren viele, die in der DDR auf die Straße gegangen sind für ihre Überzeugung. Da waren keine freundlich lächelnde Polizisten, sondern die Kampfgruppen mit der Kalaschnikow über der Brust, und da war ein Magazin dran mit 30 harten Mumpeln, wie wir in der DDR gesagt haben. Also das war nicht so zum Spaß. Und diesen Ansatz haben sich viele von uns weiterbewahrt. Aber wenn ich das jetzt so sehe, nach meiner Erfahrung von acht Jahren im sächsischen Landtag und sechs Jahren im deutschem Bundestag, also da vergleiche ich die deutschen Parlamente immer mit einem Hamsterrad. Man dreht sich, bewegt sich, man läuft, strampelt sich ab, aber man kommt nicht voran, es verändert sich nichts. Die Diäten sind das Schmierfett für das Hamsterrad. Ich hab Peter Gauweiler mal gefragt, Herr Dr. Gauweiler: „Wann kracht denn der Laden hier zusammen?“ Da sagt er nur: „Erst dann, wenn die Abgeordneten merken, dass die Diäten nicht mehr auf dem Konto ankommen.“ Solange also die Diäten hoch genug sind und pünktlich gezahlt werden, wird sich das Rad weiter drehen, und nichts wird sich bewegen.

Aber wichtig sind sie allen Abgeordneten selbstverständlich trotzdem. Besonders denen mit den Aktenträgern. Je größer die Schar ist, die die Akten trägt,

umso wichtiger ist dieser Politiker. Aber wenn man die mal fragt, was hast du denn heute gemacht? Für das deutsche Volk zumindest – nichts!

Dabei muss sich was bewegen, muss etwas getan werden. Gerade auch in Sachsen. Wir sind ja nun auch nicht mehr das finanzpolitische Musterländle, wir haben sehr, sehr große Probleme. In meinem Wahlkreis ist die Stadt Hoyerswerda. Da leben 41 Prozent aller deutschen Kinder unterhalb der Armutsgrenze. Das wird nur noch übertroffen von Görlitz. Dort sind es 46 Prozent.

Diesen Problemen muss man sich stellen, sonst wird man in der Wahl hoffnungslos aufgegeben. Nicht ohne Grund hat die PDS, für die ich nichts übrig habe, in Brandenburg mittlerweile fast die Hälfte aller Direktmandate im Landtag. Die sprechen die Probleme wenigstens an, auch wenn sie keine Lösungen dafür haben.

Wir hätten es nie für möglich gehalten, auch unser König Kurt nicht, dass die PDS in Sachsen mal über Direktmandate verfügt. Die hat jetzt sechs erungen. Ich bin mal gespannt bei der nächsten Landtagswahl. Warum ist das so? Ich denke mir, die PDS stellt Fragen. Antworten haben sie keine. Aber immerhin, sie stellen Fragen. Die angeblichen Volksparteien CDU und SPD hingegen sagen, dass alles in Ordnung ist. Das kommt vielleicht in Bayern an, aber bei uns nicht.

Und lassen Sie mich noch mal aus dem Bundestag ein Beispiel nennen: Stichwort Wahlrecht! Hätten wir in Deutschland ein ordentliches Wahlsystem, nämlich das ausschließliche Mehrheitswahlrecht, dann gäbe es die FDP und die Grünen im Bundestag nicht. Deren Kandidaten sind doch nur über Listen, das heißt allein aufgrund des Verhältniswahlrechts, in dieses hohe Haus gelangt. Wobei die Grünen immerhin einen Abgeordneten haben der direkt gewählt wurde, den Genossen Ströbele. Vollkommen unverständlich! Gerade die Grünen halten das Hamsterrad Bundestag mit ihren sinnlosen Anträgen am besten im Schwung. Nur als Beispiel: Vor gut einem Jahr stellte die Grünen Fraktion der Grünen einen Antrag, der an Wichtigkeit und nationalem Interesse kaum überboten werden konnte. Ich zitiere aus dem Pressedienst des Deutschen Bundestages:

„Gegen eine Verschlechterung der Rechtsituation von Homosexuellen in Nigeria wenden sich die Grünen in einem Antrag. Hintergrund der Initiative ist ein nigerianischer Gesetzentwurf zu homosexuellen Partnerschaften. Darin wird die Beziehung oder Heirat zwischen gleichgeschlechtlichen Personen als Straftat eingestuft.“

Auf nach Nigeria, könnte man sagen. Weiter im Zitat:

„In ihrem Antrag fordern die Grünen die Bundesregierung auf, die nigerianische Regierung an ihre internationalen und nationalen Verpflichtungen zu erinnern. Zudem soll Deutschland im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft auf Nigeria nachträglich einwirken.“

Das ist der deutsche Bundestag, meine Damen und Herren. Das sind die wirklich wichtigen Sachfragen, die es in Deutschland anzupacken gilt, aus Sicht der Grünen zumindest. Vier Millionen Arbeitslose, die schon dreimal durchs Raster gefallen sind oder Kinderarmut kümmern niemanden. Hauptsache, die Schwulen in Afrika sind zufrieden. Aber es gibt noch andere Beispiele toller Fraktionen im Bundestag. Die FDP zum Beispiel. Es sind ja nicht alle ganz schlecht von der FDP, aber die haben im März eine Reformierung des Transsexuellen-Gesetzes gefordert. Ich wusste bis dahin nicht mal, dass es dieses Gesetz gibt. Aber die FDP hat die Ansicht geäußert, dass dieses veraltet sei und einer Reformierung bedürfe. Die Bundesregierung sieht das im Übrigen auch so. In diesem Zusammenhang wollten die Liberalen jedoch auch von der Bundesregierung wissen, wie die Behörden derzeit die Fälle behandeln, in denen ein homosexuell orientierter Transsexueller ohne Geschlechtsumwandlung eine Ehe schließt.

Ich lese Ihnen das jetzt nicht vor, aber ganz kurz. Also, die Antwort der Bundesregierung lautet:

„Die Standesbeamten sind durch die Dienstanweisung für die Standesbeamten und ihren Aufsichtsbehörden gehalten § 7, Abs. 7 Nr. 3 des Transsexuellengesetzes (TSG) nicht mehr anzuwenden und einen Verlobten mit Vornamensänderung nach § 1 TSG darauf hinzuweisen, dass die Vornamensänderung durch die Eheschließung nicht unwirksam wird. Der transsexuelle Verlobte wird mit seinem nach § 1 TSG geänderten Vornamen in die standesamtlichen Register eingetragen.“

Das ist doch mal eine ordentliche Arbeit, die wir im Deutschen Bundestag leisten, meine Damen und Herren! Es gibt derzeit kaum was Wichtigeres als Lobbygruppen zu bedienen, anstatt sich mal den Fragen zuzuwenden, welche die Mehrheit der Bevölkerung betreffen. Wir haben ja noch einen Kämpfer im deutschen Bundestag, Peter Gauweiler, der sich so einer Frage widmet, nämlich dem EU-Vertrag.

Ich bin ja deshalb aus der CDU ausgetreten, weil ich der CDU Doppelmoral vorwerfe. Ich habe bei uns während eines Patriotismusabends gesagt – seitdem die NPD im sächsischen Landtag ist, dürfen wir das Wort Patriotismus in Sachen zumindest wieder verwenden, es gibt sogar einen Patriotismusbeauftragten und der reist über das Land – ich habe an diesem Abend jedenfalls gesagt: „Wir brauchen den Patriotismus, um vom deutschen Schuldskult endlich runter zu kommen und dass Deutschland nie mehr von Multi-Kulti-Schwuchteln in Berlin regiert werden darf.“ (Applaus)

Genau so einen Beifall hatte ich bei meinen CDU-Mitgliedern, es war eine geschlossene Veranstaltung. Ich habe aber schon während der Veranstaltung mitgekriegt, dass mir einige Anwesende, eigentlich nur einer, vorwarfen, was

ich doch für ein schlechter Mensch sei. Innerhalb eines Vierteljahres rief dann auch unser Generalsekretär, Michael Kretschmar, dreimal an. Und das ging dann ungefähr so. Ich sage: „Michael?“ ... „Ja“, sagt er, „Henry, wir kennen Dich, das war nichts Rechtsextremes, das war Populismus. Und Populismus ist an sich nichts Schlechtes.“ Als dann aber die Presse die Keule rausgeholt hat, war ich schon nach zwei Tagen ein rechtsextremer Mensch. Und da habe ich gesagt, Schluss, aus!

Vor der Geschichte sind noch zwei Sachen gelaufen.

2003 hatte ich was über das Wahlverhalten integrierter Muslime in Deutschland gesagt: „Eher würde denen die Hand abfaulen, als dass sie die CDU wählen.“ Da sind gleich die Muslim-Verbände, auch innerhalb der CDU, Sturm gelaufen. Man zeigte sich besorgt um das muslimische Wähler Klientel.

2005 hatte ich dann meinen Bundestagswahlkampf unter das Motto „Arbeit, Familie, Vaterland“ gestellt. Das hat noch mehr Leute innerhalb der Partei auf die Palme gebracht. Aber König Kurt hat noch seine schützende Hand über mich gehalten und mich verteidigt.

Diese zwei Sachen und das darauffolgende Gezeter meiner eigenen Parteigenossen waren der Nährboden für meinen späteren Austritt aus der CDU.

Kommen wir noch mal zum Schuld kult: Ich denke allgegenwärtig wird uns irgendeine Schuld vorgeworfen. Ich sag immer als Christ: Ich trage nicht die Schuld meiner Väter, sofern sie überhaupt eine haben. Mein Vater hat auch für die Wehrmacht gekämpft, übrigens in Montecassino, bis er dann später in Gefangenschaft geraten ist. Eine Schuld kann ich darin nicht erkennen.

Auch ich hätte als NVA-Angehöriger vielleicht marschieren müssen, wenn es nicht zu unserer Wiedervereinigung gekommen wäre, gegen die eigenen Landsleute. Die Aufmarschpläne waren ja schon im Schreibtisch. Und wenn wir freitagabends angegriffen hätten, wo ihr alle schon im Wochenende wart, hätten wir am Sonnabend bereits am Rhein gestanden. Denn in zwei Dingen war die NVA der Bundeswehr überlegen, Herr Oberst: Bettwäsche und Handgranaten hatten wir im Überschuss. Das war's dann aber leider auch schon. Aber im Ernst: Wir als Mitteldeutsche sind froh, dass die Wiedervereinigung gekommen ist. Allerdings habe ich auch scherzhaft gesagt: Ganz so, wie es jetzt ist, wollten wir es an sich auch nicht haben. Überspitzt: Wenn ich das gewusst hätte, was aus diesem geeinten Deutschland wird, hätte ich mich zu den Grenztruppen gemeldet. Aber Spaß beiseite: Ich bin gerne auf die Straße gegangen, aber ich denke, wir müssen jetzt weitermachen. Und der normale Bürger ist es leid, ständig mit Schuld konfrontiert zu werden, meine Damen und Herren. (Applaus)

Vor allem, wenn durch die politische Instrumentalisierung daraus Kapital geschlagen wird. Wir sehen, es gibt viele, viele Vereine, die davon gut leben. Mir hat gestern ein Unternehmer gesagt: „Naja, wenn die Baubranche wirklich

soweit abkippt, gründe ich als erstes einen Verein und als zweites bin ich dann einfach gegen Rechts, das andere läuft dann von alleine.“

Die Grünen haben unlängst gefordert, daß aufgrund des eklatanten Unwissens über den Nationalsozialismus die Schüler mehr in die Konzentrationslager gehen sollen. Das und nur das kommt dabei raus, wenn man Grüne auf unser Bildungssystem los lässt.

Ich habe mal in der Rede gesagt, da war ich noch CDU-Mitglied, dass ideologiefrei gesehen, das DDR-Bildungssystem für mich das Beste war. Es gab ein Lehrbuch, zwischen Ostsee und Thüringer Wald. Und es gab einen Lehrplan und es gab ein Zentralabitur. Alles gute Sachen. Dann machte mich der ehemalige Sozialminister allen Ernstes drauf aufmerksam, dass ich durch solches Gerede NS-Reklame mache. Nun, ja, soweit sind wir mittlerweile gekommen!

Geht es nach der Linkspartei, so erstreckt sich der Schuldskult schon lange nicht mehr nur auf den Zeitraum 33 bis 45. Im März vergangenen Jahres wurde die Bundesregierung aufgefordert, das Recht der Herero auf Wiedergutmachung wegen des in den Jahren 1904 – 1908 von der Deutschen Schutztruppe angeblich verübten Völkermords anzuerkennen. Außerdem sollte ein Dialog über die materielle Wiedergutmachung eröffnet werden. Zum Glück haben die zuständigen Ausschüsse allesamt den Antrag abgelehnt, jedoch mit Sicherheit nicht wegen der Inhalte, sondern – und jetzt komme ich zum nächsten Punkt, der faul hier in Deutschland ist – weil er von der Linkspartei kam.

Das ist, denke ich, auch symptomatisch für die deutsche Parlamentspolitik. Anträge werden nicht aufgrund ihres Inhaltes angenommen oder abgelehnt, sondern aufgrund des Parteikürzels. Die Linksfraktion hat im März 2007 einen interessanten Antrag gestellt, nämlich, dass für Kinderbekleidung, Spielsachen, Windeln und weitere Produkte für Kinder nur noch der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent gelten solle. Durchaus sinnvoll und unterstützenswert. Vor allem, wenn man bedenkt, dass für den Kauf von Pornoheften auch nur sieben Prozent Mehrwertsteuer fällig sind. Aber der sinnvolle Antrag der Linken wurde selbstverständlich abgelehnt, eben nur, weil er von der Linkspartei stammt.

Man sollte mal bedenken, dass im Kampf gegen Rechts jährlich 24 Millionen Euro, Tendenz steigend, von diesem Staat rausgeschmissen werden. Der Steuerzahler zahlt außerdem für ausländische Strafgefangene in deutschen Gefängnissen, jährlich eine halbe Milliarde Euro. Genau gesagt 431 Millionen Euro. Das hatte eine Anfrage von mir an die Bundesregierung ergeben.

Mit ausländischen Straftätern sind übrigens nur Ausländer und Staatenlose gemeint, nicht allerdings solche Menschen mit deutschem Pass und sogenanntem „Migrationshintergrund“, die sind von der Statistik noch nicht einmal erfasst

Dort, meine Damen und Herren, dort kann man unserem Finanzminister sagen, liegt erhebliches Einsparungspotenzial, nicht bei unseren Kindern. (Applaus)

Denn wer zwingt uns dazu, kriminelle Ausländer auf Kosten des Steuerzahlers durchzufüttern. In meiner Zeit im sächsischen Landtag hat Volker Schimpff, damals Vorsitzender des Rechtsausschusses und vor vier Wochen mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet, in einer Rede richtig gesagt, man könne der deutschen Wirtschaft helfen, indem wir ausländische Strafgefangene einfach in den Ländern inhaftieren, wo sie herkommen. Da drohe Ihnen außerdem im Vollzug nicht nur der Entzug des Lesestoffes, sondern da gehe es denen knüppelhart an die Beine, was die Rückfallquote verringern dürfte. Es war damals die sogenannte „Peitschen- und Kettenrede“.

Anderes Beispiel: Deutschland hat den Wiederaufbau im Irak mit fünf Milliarden Euro unterstützt. Fünf Milliarden, das ist eine immense Summe! Ständig hören wir, wir müssen sparen, wir dürfen keinen Schuldenberg hinterlassen. Richtig. Vollkommen richtig. Aber warum verpulvern wir unser Geld im Irak? Nur, damit wir sagen können, wir sind ja gar nicht so böse? China bekommt nach wie vor Entwicklungshilfe, 67 Millionen! Die haben eine Wachstumsrate von 10 bis 15 Prozent. Dass ich nicht lache. Wir sind da ja geringfügig schlechter. Aber an der deutschen Humanität soll die Welt genesen.

Meine Damen und Herren, Werte, ich dachte immer es gibt drei Wertevermittler: Staat, Kirche, Familie.

Zum deutschen Staat: Eigentlich wurden Staaten gegründet, um die Einwohner zu schützen. Mittlerweile muss ich feststellen, dass wir die Einwohner vor dem Staat schützen müssen. (Applaus)

Die Werte, die durch den Staat vermittelt werden, die werden immer unbegreiflicher. Vielleicht lesen Sie ja auch mal den Brief von Steffen Heitmann aus dem Rheinischen Merkur: „Wir entschuldigen uns für die Wiedervereinigung, wir dummen Osis, dass wir auch noch Fragen stellen. Wir mussten erfahren, dass alles Fremde nicht genug an Wertschätzung erfahren darf. Aber alles Deutsche, was ist damit? Mut, Fleiß, Ehre, unerwünscht und antiquiert, heute ist nur noch Toleranz gefragt. Wird ständig gelobt und gefördert, Toleranz gegenüber allem und jedem.“

Ein anderer Wert, den dieser Staat permanent beschwört, ist die Gleichheit. Alles muss „gleich“ sein. Also, wir sind ja dann kein Volk von Deutschen mehr, wir sind eine Bevölkerung von Staatsbürgerschaftsinhabern. So würde ich das mal sehen. Also, es gibt den Afro-Deutschen, den Türken-Deutschen und alles Mögliche. Wir sind dann nur noch die deutschstämmigen Deutschen. Wobei ich natürlich nichts gegen diese Leute sage, aber man muss

das schon ein bisschen differenzierter sehen und nicht so durch die rosarote Multikulti-Brille.

Ich habe damals, als die CDU ihre Zustimmung zum Zuwanderungsgesetz verhandelte, beim Landesgruppenvorsitzenden Dr. Luther und beim damaligen Ministerpräsidenten und sächsischen CDU-Landesvorsitzenden Georg Milbradt nach einer Begründung für die Zustimmung angefragt. Stand diese Entscheidung doch im krassen Gegensatz zu dem sogenannten „Berliner Beschluss“, den die CDU 2000, mutig wie sie in der Opposition war, gefasst hatte. Darin war beschlossen worden, dass der Asylmissbrauch eingedämmt werden müsse und Deutschland kein klassisches Einwanderungsland sei und auch nicht werden dürfe. Mit dem Zuwanderungsgesetz wollte man dann auf einmal aber den Zuzug von Ausländern begünstigen.

Ich hab dann gefragt: Wie soll man das dem Wähler erklären, dass dieses Gesetz nur ein Etikettenschwindel ist. Unter dem Begriff „Zuwanderungsgesetz“ werde doch der Zustrom von Ausländern nur noch gefördert, anstatt gestoppt. Wie kann man das verantworten angesichts der Beschlüsse der CDU, die doch genau das Gegenteil besagten. Auf eine Antwort auf mein Schreiben warte ich bis heute.

Meine Damen und Herren, man kann viel sagen, was hier in Deutschland faul ist. Mir ging es nicht darum Werte wie Toleranz und Gleichheit an sich zu verurteilen, aber wenn der Staat heutzutage nur noch diese Werte vermittelt, dann läuft da etwas falsch.

Auch der zweite klassische Wertevermittler, die Familie, sieht sich zunehmend in der Lage versetzt, den durch den Staat vermittelten Idealen etwas entgegensetzen zu müssen. Zum einem nimmt die Familie als klassischer Zusammenschluss, das heißt Vater, Mutter und Kind, immer mehr ab. Jede zweite Ehe wird geschieden. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Eheschließungen ab. Ebenso die Geburtenrate. Einzelhaushalte und sogenannte alternative Lebensformen erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Hinzu kommt, dass die sich aus dem Grundgesetz ergebene rechtliche Sonderstellung der Ehe durch die zunehmende Gleichstellung mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften aufgeweicht wird. In Berlin beispielsweise plant man jetzt sogar schwulen Landesbeamten die gleichen Zulagen zu gewähren, wie verheirateten Beamten. Ebenso sollen die Lebenspartner homosexueller Beamter auch in die Altersvorsorge mit eingeschlossen werden, was eine vollständige Gleichstellung mit einer normalen Ehe bedeuten würde. Das ist für mich klar verfassungswidrig.

Aber selbst in klassischen Familien findet heutzutage nicht mehr automatisch eine werteorientierte Erziehung der Kinder statt. Grenzen aufzeigen, Kinder zu verantwortungsbewussten Mitgliedern einer Gemeinschaft zu erziehen, ist vielen Eltern zu anstrengend, beziehungsweise entspricht nicht mehr den

linksalternativen Idealen. Hinzu kommt, dass in vielen Familien auch aus wirtschaftlichen Gründen beide Eltern arbeiten gehen müssen. Die Erziehung übernehmen dann immer mehr, wir kennen das aus der DDR, die Kinderkrippen, die Schule und, jetzt neu, am Nachmittag noch der Fernseher. Und wer sehen will, wohin das führt, der muss zum Schulschluss gegen Mittag mal mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Von Erziehung ist dort so gut wie nichts zu sehen. Natürlich gibt es Familien, in denen die Eltern ihre Kinder mit viel Mühe und Engagement erziehen, Grenzen aufzeigen, Werte vermitteln. Aber insgesamt betrachtet, meine Damen und Herren, ist die Familie leider heute nicht mehr die Institution, die die Erziehung der nachkommenden Generation zu verantwortungsbewussten und gemeinschaftsorientierten Mitgliedern in einer funktionierenden und zukunftsfähigen Gesellschaft allein meistern kann.

Bleibt zuletzt noch als dritter ursprünglicher Wertevermittler die Kirche. Ich will das nur kurz streifen. Da gibt es ja schließlich Experten und ich bin nur Laienmitglied. Ich bin ein typisches sozialistisches Kind. Mein Bruder wurde noch getauft, ich wurde schon gar nicht mehr getauft, geschweige denn konfirmiert. Meine Familie hat sich erst unters Kreuz gestellt, als mein Bruder vom Alkoholismus befreit wurde. Ich denke, Wunder geschehen jeden Tag, man muss sie einfach bloß erkennen. Wir haben sie für unsere Familie erkannt. Aber anstatt ihren eigentlichen Aufgaben nachzukommen, das Hüten und Verbreiten des Glaubens und der christlichen Werte, gibt sich die Kirche, die evangelische vor allem, immer mehr der Beliebigkeit hin.

Ich bin noch Mitglied der sächsischen Landeskirche. Wir haben den Landesbischof Bohl. Der hat zwar mal für die Grünen im Saarland bei der Gemeinderatswahl kandidiert, das macht aber nichts, denn er ist ein hochanständiger Mann. Wir sind zum Beispiel noch eine der evangelischen Landeskirchen, die sagt, gleichgeschlechtliche Partnerschaften werden nicht kirchlich getraut. Ich denke, dass widerspricht auch dem biblischen Grundsatz. (Applaus)

Diese Grundsätze werden aber nicht mehr konsequent nach außen und nach innen vertreten. Ich denke die Kirche sollte sich mehr der Mission hingeben, Christen gewinnen, und ich kann nur wiederholen, was ihr Vorsitzender, Professor Aden, hier gesagt hat: Warum geben wir vor den anderen Religionen auf? Wir wissen, wir haben das Kreuz und wir wissen, wir haben den lebendigen Gott und nicht Mohamed oder sonst etwas.

Die Geschichte des Kreuzes hat Deutschland gut getan (Applaus). Der Islam bereichert uns dagegen nicht. Ich denke wir müssen unsere Kirche auffordern, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren, die Verbreitung des christlichen Glaubens und der christlichen Lehre, anstatt sich permanent für Toleranz, gleichgeschlechtliche Ehen und Anti-Rechts-Programme einzusetzen.

Denn die christliche Kirche befindet sich immer mehr auf dem Rückzug. Man

muss das ja immer mit Zahlen untermauern. Wir wissen, es gibt in Berlin vielerorts andere Gotteshäuser, 76 Moscheen zum Beispiel. Es gibt in Deutschland 2.600 Moscheen. davon 150 klassische Moscheen mit Kuppeln. Mindestens 100 weitere sind in Planung. Hinzu kommen 120 islamische Lehrhäuser, sogenannte Medresen. Und diese Zahlen muss man jetzt mal ins Verhältnis setzen. Offiziell gibt es in Deutschland 3,2 Millionen Muslime. Damit kommt auf 1.231 Moslems eine Gebetsstätte in Deutschland. Das sind übrigens die offiziellen Zahlen der Bundesregierung. Nun könnte man ja sagen, eine Moschee pro 1.231 Muslime, das ist nicht viel. Ja, aber wenn man jetzt mal unsere eigene Religion nimmt, da kommt im Schnitt auf 1.164 Protestanten auch nur eine Kirche. Bei den Katholiken sind es immerhin noch 1.050. Somit ist das Verhältnis an Gotteshäusern zu Gläubigen bei Christen und Muslimen in Deutschland fast gleich. Aber eigentlich sind wir ja ein christliches Land und kein islamisches. Und ich denke, dass muss man an dieser Stelle auch mal betonen. Ich denke, meine Damen und Herren, anhand dieser nackten Zahlen, kann man schon sagen, es reicht mit den Moscheen!

Vieles läuft falsch bei uns, wir wissen das. Und viele sagen, man kann so nichts mehr ändern. Es gibt Menschen, wie Sie es sind, die sehen die wahren Verhältnisse und die spüren den brennenden Wunsch in sich, alles zum Besseren hin zu verändern.

Aber ich sage Ihnen, es reicht nicht die richtige Zeitung zu lesen. Es reicht nicht, die richtigen Gedanken zu haben. Es reicht nicht, zu debattieren. Ich hab damals in einem Artikel geschrieben, viele halten Reden für Handeln. Das ist aber nicht so. Reden kann immer nur, wenn überhaupt, vor dem Handeln kommen. Man muss die Situation ändern, Sachen anpacken. Das war auch '89 so.

Oder ein anderes Beispiel: Wir haben in Sachsen, wie auch anderswo, ein Problem mit dem Schulsterben. Wenn die Schulen aus den Gemeinden verschwinden, verschwindet dort zudem auch das Leben.

Deshalb haben wir voriges Jahr bei uns eine christliche Schule gegründet. Bei uns in der Umgebung. Ich bin Vorsitzender des Schulvereins. Und wir haben einen riesigen Zulauf an dieser christlichen Schule und die meisten Schüler sind nicht mal konfessionell geprägt. Die wollen das kennenlernen und sagen: „Schön, dass bei euch das Kreuz im Klassenzimmer hängt.“ Und es hat sich gezeigt, wenn einer die Initiative ergreift, dann können die Dinge verändert werden. Auch mein Kollege im Bundestag, Dr. Peter Jahr, hat eine christliche Schule gegründet. Wenn alle Bundestagsmitglieder eine christliche Schule gründeten, würden wir viel ändern in Deutschland. Ich denke, genau so ist es mit der Politik. Da hilft kein Jammern, kein Klagen. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wir sollten nicht warten, bis in Berlin ein Raum-

schiff landet und dort die richtige Partei rauskommt. Ich denke, wir müssen Eigeninitiative ergreifen. (Applaus)

Mit dieser Eigeninitiative müssen wir den Extremen die Stirn bieten. Wir haben unlängst eine Wählervereinigung gegründet: „Arbeit, Familie, Vaterland“. Unter diesem Motto bin ich schon in den letzten Bundestagswahlkampf gezogen. Ich habe schon damals zu meinen Kritikern gesagt, wir müssen diese Begriffe den Extremen entreißen. Wir dürfen das nicht der NDP überlassen, sondern es gehört in unseren Sprachschatz, das Wort „Vaterland“. (Applaus)

Wir haben diese Wählervereinigung gegründet. Wir sind mittlerweile etwa 70 Mitglieder, Martin Hohmann ist bei uns als Ehrenmitglied eingetreten, und wir stellen uns erst einmal der Kommunalwahl. Ich habe in meinen Ausführungen für die SWG damals schon geschrieben: Kommunalwahl ist eine wichtige Vorstufe, um Vertrauen zu erlangen. Wir wissen, die Kommunalwahl ist nicht die entscheidende Wahl. Aber wir stehen Tag für Tag den Menschen von Angesicht zu Angesicht gegenüber und hören deren Nöte und Sorgen. Auf kommunaler Ebene macht das schon lange kein anderer mehr.

Wir sagen: „Lasst und doch einfach mal normale Werte wieder in die Gemeinschaft tragen“. Und die Gemeinschaft, das sehen wir, kommt mit den Werten Arbeit, Familie, Vaterland, sehr gut zurecht. Und auch wenn jetzt einige bei Ihnen mürrisch gucken, das gleiche Unverständnis bekommen wir täglich von vielen Leuten, sage ich, ich habe es schriftlich vom ehemaligen Ministerpräsident Kurt Biedenkopf, der auf diese Frage der Presse gesagt hat: „Wer das Wort Vaterland dauernd in Verbindung mit dem Dritten Reich stellt, der hat eine Deformation des Denkens.“ Auch der damalige Landesvorsitzende Georg Milbradt hat gesagt: „Jawohl, Henry Nitzsche, zieh mit diesem Motto in den Wahlkampf.“

Für mich ist es wichtig, dass der Umgang mit diesem Dreiklang „Arbeit, Familie, Vaterland“ wieder Normalität wird, und dass man der Gesellschaft damit etwas Positives zurückgibt, was sie sehr dringend braucht. Und ich hoffe auch, wir holen uns dadurch unser Sachsen wieder Stück für Stück zurück.

Herzlichen Dank. (Applaus)

Fragezeit

Veranstalter

Ich bitte Sie um Ihre Fragen. Noch ein Hinweis: Wie ich schon sagte, sollen Vorträge, Fragen und Antworten dokumentiert werden. Die Fragenden werden nicht mit Namen genannt. Wer dennoch seine Frage nicht dokumentiert sehen möchte, sage dies bitte.

Frage

Eine Bemerkung vorweg: Dass wir den zweiten Weltkrieg verloren haben, das ist keine Schande. Davon haben wir uns ja längst, wenigstens materiell, wieder erholt. Aber dass wir den Charakter und die Moral verloren haben, das ist das Schlimmste dabei.

Meine Frage: Sie haben den 2+4-Vertrag erwähnt. Meines Wissens gibt es zu diesem Vertrag ein Zusatzabkommen, wonach sich Kohl und Genscher verpflichtet haben, eine gewisse Anzahl industrieller Arbeitsplätze in Mitteldeutschland zu vernichten. Stimmt das?

Henry Nitzsche

Ich war zu dem Zeitpunkt Bürgermeister in einer ländlichen Gemeinde. Mir ist das nicht bekannt, also kann ich Ihnen das nicht bestätigen – obwohl die Auswirkungen in Mitteldeutschland so sind.

Menno Aden

Ich möchte nicht in die Sachaussage eintreten, aber das lasse ich nicht auf unserem Bundeskanzler Kohl sitzen, auch nicht auf Genscher. Ich finde das unerhört! Kohl hat sich um die deutsche Einheit außerordentlich verdient gemacht (Protest), Genscher ist einer der ganz wenigen Politiker gewesen, der auch in der Zeit, als das nicht populär war, sich für die deutsche Wiedervereinigung eingesetzt hat. Er stammt aus Halle, und das hat er bei jeder Gelegenheit gesagt. Die Ausführungen von Herrn Nitzsche möchte ich nicht im Einzelnen kommentieren. Jeder einzelne Punkt, den wir hier von ihm gehört haben, mag ja in einer vertieften Art und Weise diskutabel sein, nach der einen oder anderen Seite. Aber ich möchte hier auch nicht einen falschen Ton stehen lassen und ganz deutlich sagen: Wenn an den Verdiensten des Bundeskanzlers Kohl bei der Herstellung der Einheit gerüttelt wird, dann bin ich hier falsch am Platze. (Applaus)

Veranstalter

Herr Professor Aden, wenn ich vielleicht zur Erläuterung etwas dazu sagen darf: Zustimmung was die Vereinigung betrifft. Aber was im Zusammenhang damit passiert ist, zum Beispiel die zweite Enteignung und ähnliches, ist schlimm. (Applaus) Wohlgedenkt, ich spreche nicht für mich, denn ich habe im Osten keinen Besitz verloren, mir geht es nur um das Recht, und der Rechtsbruch hat mich dermaßen empört, dass ich auch deshalb aus der CDU ausgetreten bin. Das sind die Dinge (Applaus), Herr Prof. Aden, die leider auch an Kohl hängen. Sie erklären, weshalb hier viele nicht ganz so überzeugt sind von den Leistungen, die Sie gerade herausgestellt haben. (Applaus)

Menno Aden

Erlauben Sie mir noch ein ganz kurzes Wort, ohne dass wir das jetzt ausdiskutieren müssen. Dass im Zuge der deutschen Einheit erhebliche Fehler gemacht worden sind, dass schon in der Vorbereitung der deutschen Einheit auch von unserem Bundeskanzler Kohl ganz erhebliche Fehler und Unterlassungssünden begangen worden sind, das will ich gerne mit Ihnen diskutieren, und das kann auch diskutiert werden. (Applaus) Ich möchte nur grundsätzlich sagen, ich glaube an die vaterländische Gesinnung vom Bundeskanzler Kohl und des Außenministers Genscher, daran, glaube ich, sollten wir nicht zweifeln, sonst machen wir etwas falsch (Applaus).

Frage

Eine Bemerkung vorweg: Geschichtliche Vorgänge oder Fakten werden eben doch sehr unterschiedlich wahrgenommen und beurteilt. Dass wir alle, die hier sitzen, nicht die gleiche Meinung haben, ist deshalb selbstverständlich. Wir wissen, dass da einige Dinge nicht in Ordnung waren, auch rechtsstaatlich nicht. Das muss man leider hinnehmen, wie man ja letztendlich immer die Vergangenheit hinnehmen muss. Aber man muss schon, bitte, darüber auch noch sprechen dürfen. Das ist, glaube ich, legitim für jeden, der hier sich zu Wort meldet.

Meine Frage: Wir haben 1918 und 1945 Niederlagen erlebt, auch für unser nationales Denken, nun kommen noch Maastricht und die anderen europäischen Dinge nachteilig hinzu. (Applaus) Niederlagen über Jahrzehnte, selbst durch dieses Europa, das uns viele nationalen Mittel nimmt und uns machtlos macht, selbst wenn Bundesgerichtshöfe mit Urteilen dagegen halten. Bis zu einer Entscheidung sind aber wieder 10 Jahre vergangen.

Wenn das so ist, sollte man dann nicht überlegen, wo man in Zukunft woanders Hilfe finden kann? Russland ist ein Land mit sehr nationalem Denken. Aber ist nicht Russland auch ein guter Partner? Frau Merkel hat ja leider nach ihrer Wahl, das unter Herrn Schröder gute Verhältnis zu Russland völlig in Frage gestellt. Sollte man sich nicht bemühen, mit Russland zusammenzuarbeiten, um im positiven Sinne ein Gegengewicht zur Europäischen Union zu schaffen? Können wir nicht mit den Russen, die ja ein positives Nationalbewusstsein haben, einen Einklang finden, der uns nach vorne bringt?

Menno Aden

Zu Russland hab ich persönlich ein besonderes Verhältnis. Ich spreche die Sprache relativ gut und kenne mich gut in der russischen Geschichte aus. Tatsächlich wäre es mir persönlich sehr lieb, sage ich Ihnen ganz ehrlich, wenn Russland etwas näher an die EU herangeführt würde, in welcher Form auch immer.

Lassen Sie mich aber noch einmal zu anderen Aussagen zurückgehen. Entschuldigen Sie Herr Nietzsche, wenn ich das jetzt so sage: Was ich etwas vermisse, ist, dass Kritik an deutschen Verhältnissen geübt wird, ohne diese im Vergleich nach außen zu sehen. Zum Beispiel ist diese gleichgeschlechtliche „Ehe“ ja keine Erfindung des deutschen Bundestages. Die haben wir in Luxemburg, die haben wir in Frankreich, die haben wir in Amerika, die haben wir in England. Das ist irgendeine Form von Zeitgeist, gegen die wir uns vermutlich nicht so ganz wehren können. Wenn wir also Dinge hier in Deutschland anprangern, dann müssen wir immer überlegen: Wo sind unsere Handlungsspielräume? Und das, glaube ich, ist ein wichtiger Teil dessen, was ich vorhin sagen wollte. Wir werden die Welt aus unserer Kraft nicht ohne weiteres ändern können. Wenn wir in Europa mitwirken, dann müssen wir uns natürlich vor Augen halten: Wo ist unsere Identität betroffen, wo sind unsere Handlungsräume, und wo können wir realistischerweise auch etwas bewirken? Deshalb sind Sie, sind wir alle aufgefordert, an der Freilegung dieser Handlungsräume mitzuwirken. Die Aussagen, die wir heute morgen von Herrn Schachtschneider gehört haben, gehen natürlich in diese Richtung, sodass wir uns sagen müssen: Hier kommt Europa endgültig an einen Punkt, von dem wir möglicherweise nicht wieder runter kommen. Möglicherweise wäre es eine unserer nächsten Aktionen zu sagen: Wir müssen ein Gerichtsverfahren, wie von Herrn Schachtschneider empfohlen, unterstützen. Wir müssen einen politischen Prozess unterstützen, welcher den Subsidiaritätsgrundsatz auf europäischer Ebene zur Geltung bringt. Wir müssen uns vielleicht politisch stärker artikulieren, indem wir sagen: Ja, Europa! Ja! Aber nur bis zu einem bestimmten Punkt. Da meine ich, müssen wir das Denken ansetzen. Ich kann Ihnen natürlich jetzt kein Patentrezept dafür geben.

Veranstalter

Noch einmal kurz zu Russland. Wir dürfen die Dimensionen nicht außer Acht lassen. Russland schafft mit seiner Wirtschaft nur einen Bruchteil unseres Bruttosozialproduktes. Es hat zwar ein riesiges Land, aber eine sich verringende Bevölkerung. Russland ist nicht die große Macht, zwar räumlich groß, aber Macht hat es fast nur aufgrund seiner Energieressourcen. Russland wird in seinen Möglichkeiten eigentlich viel zu sehr überschätzt. Ich bin übrigens auch eher für die Russen, sie interessieren mich sehr, ich spreche auch etwas ihre Sprache. Aber dennoch: Wenn die Russen immer klagen, der Westen schließe sie aus, dann muss ich sagen: Leute, was tut ihr denn, um euch zu integrieren? Zum Beispiel in eurem Rechtsverhalten und, und, und, das muss ich hier nicht weiter ausführen. Deshalb müssen wir deutlich sagen: Leute, dann tut mal etwas dafür. Es langt nicht, nur Gelder nach hier hinüberzuschieben. Integration ist keine Bringschuld des Westens, ich sehe

zuerst eher die Notwendigkeit, dass Russland sich an das bei uns übliche Gebaren anpasst.

Aber jetzt wollen wir zuerst einmal wieder unseren Abgeordneten Nitzsche zu Wort kommen lassen, denn wir haben nicht so häufig einen Bundestagsabgeordneten bei uns, der auch durchschaut, wie das System funktioniert. Ich frage mich: Wie kann man denn überhaupt diese Damen und Herren, unsere Abgeordneten, bewegen, einmal so zu denken wie ein normaler Mensch, welche Mittel gibt es dazu? (Applaus). Aber jetzt zunächst eine Frage aus dem Auditorium.

Frage

Herr Abgeordneter, Sie bringen eine neue politische Formation ins Gespräch. Sie wollen aus der Bundesebene auf die lokale Ebene. Dort fängt man an, weil dort der Bürger eben auch unmittelbar anzusprechen ist. Nun gibt es leider, andere werden das vielleicht anders sehen, etliche rechte Gruppierungen rechts von der CSU. Ich frage Sie ganz konkret: Was wären Sie persönlich bereit zu tun, um die rechten Gruppierungen zu bündeln? Denn wenn es um die 5 % geht, Herr Nitzsche, dann sollten wir die nicht aufteilen, sondern möglichst bündeln, das sage ich ganz offen. Wir haben eben keine rechte Kraft, es sei denn Sie würde sich dazu entwickeln, was viele sicherlich wünschen. Also, wenn wir 5 – 7 % irgendwie zusammen bekämen, was wären Sie bereit zu tun, damit diese Stimmen auch gebündelt würden? (Applaus)

Henry Nitzsche

Ich möchte noch mal einen Satz sagen. Herr Professor Aden, Sie sind hier der Chef. Ich bedanke mich heute, hier gesprochen zu haben. Wie ich Ihrer Reaktion entnehmen kann, haben Ihnen einige oder viele Passagen meiner Rede nicht gefallen. Das ist ihr gutes Recht. Sie können mich auch rausschmeißen, das ist mir egal. Sie können die CDU oder einzelne Vertreter dieser Partei noch so loben und vehement in Schutz nehmen, aber ich bin nicht aus Langeweile aus der CDU ausgetreten. Ich habe es mir nicht einfach gemacht. Ich habe vier Kinder, unsere Kleinste ist sechs Jahre alt. Das ist nicht so, dass man da Millionen anhäuft. Das Geld für weitere Legislaturperioden als CDU-Bundestagsabgeordneter hätte man da schon gut gebrauchen können.

Ich stehe aber auch voll im Leben in einer Dorf-, Kreis- und Landgemeinschaft. Ich bin Vorsitzender von vier gemeinnützigen Vereinen. Ich bin Vorsitzender in der Arbeitslosenselbsthilfe mit 120 Mitgliedern. Ich bin Vorsitzender des Fördervereins Lausitzer Seenland. In der Lausitz entstehen 700 ha Seenfläche, das größte künstliche Seenland in Deutschland. Ich bin Vorsitzender des evangelischen Schulvereins Oßling. Wir betreiben ernsthaft eine evangelische

Mittelschule mit staatlicher Genehmigung. Die Genehmigung der Kirche steht noch aus (brauchen wir aber auch nicht). Ich hätte noch drei Legislaturperioden weiter schwimmen können, aber ich habe das, was ich Gewissen nenne, so etwas zwischen Kopf und Herz, die Seele. Und wenn Sie dann sehen, wie die Leute wegbrechen, Hartz IV und so weiter, Zwangsversteigerungen. Unsere Zeitungen sind voll von Zwangsversteigerungen. Sie können bei uns für 30.000 Piepen ein Einfamilienhaus kaufen. Und man sieht dann, dass es der Partei nicht im Geringsten darum geht, die Probleme dieser Menschen zu lösen, sondern die Politik zum reinen Selbstzweck, zum bloßen Machterhalt, betrieben wird, da kann man dann nicht einfach gute Miene zum bösen Spiel machen. Da bringe ich mich lieber persönlich ein und sage meinen Leuten: „ich möchte euch auch weiterhin in die Augen sehen können“, und verzichte auf die Karriere in der CDU. Ich war Verkehrspolitischer Sprecher in der Mehrheitsfraktion, regionaler Berichterstatter für alle möglichen Straßen in Sachsen. Ich habe das aufgegeben und als Opfer eingebracht. Ich sage, ich will jetzt nicht auf mich gucken, sondern ich möchte mich der Sorgen und Nöte der Menschen ernsthaft annehmen.

Frage:

Herr Nitzsche, da Sie ja aus den neuen alten Bundesländern kommen, würde mich Ihre Position zu den Enteignungen 45/49 interessieren. Ihr von Ihnen vorhin zitierter ehemaliger Parteifreund Steffen Heidtmann, der, glaube ich, damals Justizminister in Sachsen war, und der als sehr konservativ gilt, hat sich ja sehr für die jetzige Regelung eingesetzt, also die Nichtrückgabe der enteigneten Betriebe und Ländereien.

Zusatzfrage: Wie denken Ihre Wähler darüber in den neuen alten Bundesländern. Ich meine jetzt nicht die wenigen, die vielleicht profitiert haben von der jetzigen Regelung, die ehemaligen roten Barone und LPG-Vorsitzenden die Kraft ihres Herrschaftswissens dann bei der Umwandlung in GmbHs sich wieder vorn an die Spitze gesetzt haben. Aber die Masse der Bevölkerung, wie ist deren Meinung dazu, und was meinen Sie?

Henry Nitzsche:

Also ich komme von einer sehr ländlich geprägten Region, der Lausitz. Die ist zweigeteilt zwischen Sachsen und Brandenburg seit 1815. Wir haben in jedem Dorf einen Gutshof gehabt und sehr schöne Schlösser, kleiner verarmter Landadel. 1947/48 haben die Kommunisten fast alle Schlösser abgerissen, es durfte ja keinen Adel mehr geben. Also sind nur noch wenige Schlösser da. Danach kam ja die Kollektivierung mit den ganzen erzwungenen Verkäufen von Grundstücken, das wissen Sie alles. Und wir sehen das mit dem sehr geringen Rechtssachverstand, den die ländliche Bevölkerung hat, aber sie weiß

eins: Wenn man gestohlenes Gut verkauft, dann ist das ein Straftatbestand und zwar Hehlerei. Das ist meine Ansicht zu der Bodenreform. (Applaus)

Es hat einfach niemand mehr den Mut zu sagen, wie schlimm es ist. Dabei merken wir doch ganz deutlich die Auswirkungen. Wir haben Gehöfte, solche alten Gutsanlagen mit jetzt fünf oder sechs verschiedenen Eigentümern, was zur Folge hat, dass die meisten von ihnen brach liegen. Da passiert überhaupt nichts mehr. Dort verfällt alles. Wir haben mittlerweile ganze menschenleere Landstriche, buchstäbliche Geisterdörfer. Das gab's früher nicht bei uns. Und in den noch bewohnten Dörfern und Gegenden sind die Menschen am Verzweifeln. Die wenigen Arbeitsplätze, die dort noch übrig geblieben sind, liegen in der Landwirtschaft und dort in Großbetrieben mit 6.000 bis 7.000 Hektar, ehemaliges LPG-Land. Nun gibt es Anwälte, zum Beispiel den Herrn Dr. Dr. Schachten in Bautzen, die versuchen, dieses LPG-Land für ihre ehemaligen, ursprünglichen zwangsenteigneten Besitzer zurück zu erstreiten. Diese Urteile zu erkämpfen ist aber sehr schwer, da das eine Gefährdung der wenigen noch existierenden Arbeitsplätze bedeuten würde. Denn, und das ist der Punkt: Europäische Beihilfen sind für Großbetriebe höher als für kleine Landwirte. Und die Menschen, die dort noch in diesen Agrar-GmbHs arbeiten, die sind an sich froh, dass sie wenigstens das noch haben. Also, so schlimm das auch klingen mag, die Leute haben sich damit abgefunden. Sie sagen: es ist Unrecht, aber uns hilft sonst niemand. Es hat sich allerdings, und dies sei hier auch einmal erwähnt, im Nachhinein als falsch erwiesen, dass die Russen angeblich die deutsche Einheit nur unter der Bedingung zuzulassen wollten, dass die Bodenreform nicht rückgängig gemacht werde. Das ist erwiesen. Und, entschuldigen Sie, Herr Professor Aden, auch wenn Herr Schäuble das Gegenteil behauptet, oder Herr Kohl, so bleibt dies doch unumstößlich wahr.